Das Europäische Parlament: Durch Folgen des Klimawandels Vertriebenen soll ein spezieller, internationaler Schutzstatus gewährt werden

geschrieben von Chris Frey | 9. Juni 2017

Im dem EU-Parlament eigenen Sprachduktus liest sich das wie folgt:

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. April 2017 zur Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU (*2015/2342(INI)*)

Das Europäische Parlament,

… in der Erwägung, dass dem Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge im Jahr 2015 65,3 Millionen Menschen – darunter 40,8 Millionen Binnenvertriebene und 21,3 Millionen Flüchtlinge – aufgrund von Konflikten, Gewalt, Verstößen gegen die Menschenrechte, Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Destabilisierung Vertriebene waren; in der Erwägung, dass darüber hinaus Menschen durch Naturkatastrophen, Ungleichheiten, Armut, schlechte sozioökonomischen Aussichten, den **Klimawandel**, mangelnde ernsthafte, wirksame und langfristig ausgerichtete entwicklungspolitische Maßnahmen sowie den mangelnden politischen Willen, die strukturellen Probleme, die diesen Migrationsströmen zugrunde liegen, nachhaltig zu bekämpfen, zur Flucht gezwungen wurden; in der Erwägung, dass laut Zahlen des UNHCR mindestens 10 Millionen Menschen staatenlos sind …

Ein umfassendes und von festen Grundsätzen geleitetes Vorgehen der EU zur Bewältigung der Herausforderungen der Mobilität
*… betont, dass im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der EU weiterhin die Ursachen von Vertreibung und Migration –d. h. bewaffnete Konflikte, auf jedwedem Grund basierende Verfolgung, geschlechtsspezifische Gewalt, schlechte Regierungsführung, Armut, mangelnde wirtschaftliche Chancen und der **Klimawandel** – angegangen und wirksam bekämpft werden sollten, indem – im Einklang mit dem Ziel Nr. 16 für nachhaltige Entwicklung der neuen Agenda 2030 sowie mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen und den Grundsätzen des Völkerrechts – die staatliche Fragilität bekämpft wird, Frieden und Sicherheit, die Lösung von Konflikten und Aussöhnungsprozesse nach Konflikten sowie Gerechtigkeit und Fairness gefördert und die Institutionen, die Verwaltungskapazitäten, die Demokratie, die verantwortungsvolle Regierungsführung, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gestärkt werden ...*

Verbesserte Steuerung der internationalen Migration: eine globale Verantwortung

… fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, ihre Verantwortung im Hinblick auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem ***Klimawandel*** *ernst zu nehmen, das* ***Klimaschutzabkommen*** *von Paris zügig umzusetzen und eine führende Rolle dahingehend einzunehmen, dass die Folgen des* ***Klimawandels auf Massenvertreibungen anerkannt werden****, da Umfang und Häufigkeit von Vertreibungen voraussichtlich zunehmen werden; fordert die EU insbesondere auf, den vom* ***Klimawandel*** *betroffenen Ländern ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihnen dabei zu helfen, sich an die Folgen anzupassen und diese zu mildern; betont, dass dies nicht auf Kosten der herkömmlichen Entwicklungszusammenarbeit, die auf die Verringerung der Armut abzielt, geschehen darf; ist der Ansicht,* ***dass Personen, die durch die Folgen des Klimawandels vertrieben werden, ein spezieller internationaler Schutzstatus gewährt werden sollte****, mit dem deren besonderer Lage Rechnung getragen wird …*

… betont, dass das auswärtige Handeln der EU friedensorientiert, proaktiv und nicht in erster Linie reaktiv, sondern vorausschauend sein sollte und dass damit Ziele verfolgt werden sollten, die bei Auftreten neuer Krisen abgeändert werden; unterstützt eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittländern in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Informationsaustausch, um die Steuerung der Migration zu verbessern und neue Krisen zu verhindern; verweist darauf, dass das Phänomen der Migration auf ein komplexes Geflecht von Ursachen, wie etwa auf die wachsende Bevölkerung, Armut, einen Mangel an Möglichkeiten und die unzureichende Schaffung von Arbeitsplätzen, politische Instabilität, Verstöße gegen die Menschenrechte, politische Unterdrückung, Verfolgung, militärische Konflikte und andere Arten von Gewalt sowie den ***Klimawandel****, zurückzuführen ist; verweist darauf, dass durch die Bekämpfung dieser Probleme die Hauptursachen von Vertreibung und Migration abgeschwächt werden können; betont, dass es unabdingbar ist, die Politikkohärenz auf zwei Ebenen zu stärken, und zwar zwischen der Innen- und der Außenpolitik der EU, und – im Rahmen des auswärtigen Handelns selbst – zwischen der Erweiterungspolitik, der europäischen Nachbarschaftspolitik und den bilateralen Beziehungen zu strategischen Partnern der EU sowie zwischen der Entwicklungs- und der Handelspolitik; vertritt die Auffassung, dass die Handelspolitik mit Entwicklungsländern von gegenseitigem Nutzen geprägt sein sollte und dass die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen diesen Ländern und der EU in angemessener Weise berücksichtigt werden sollten; unterstreicht die Bedeutung, die der Gruppe von Kommissionsmitgliedern für Maßnahmen im Außenbereich bei der Koordinierung der Maßnahmen der EU im Bereich Migration auf höchster politischer Ebene und als Anstoßgeberin für eine ehrgeizige gemeinsame Migrationspolitik der EU zukommt …*

Angemessene Handlungsinstrumente

... betont, dass zur Bewältigung neuer und langwieriger Katastrophen und Anfälligkeiten langfristige und vorhersehbare Investitionen sowie die Einhaltung der neuen Agenda für nachhaltige Entwicklung erforderlich sind, insbesondere indem gefördert wird, dass die Akteure in den

*Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung, Friedenskonsolidierung und **Klimawandel** gemeinsame Risikobewertungen, Planung und Finanzierungen vornehmen …*

Bekommt jeder Arme von irgendwoher auf der Welt dann bei uns automatisch einen Schutzstatus?

Im deutschen Anerkennungsverfahren wird von den Anerkennungsprüfern nicht erkannt, wenn jemand die Sprache seines „Heimatlandes“ nicht sprechen kann. Dieses Problem und das Problem, auch noch Armutsflüchtlinge erkennen zu müssen, dürfte sich damit erledigen. Denn es reicht dann, das Wort „Klimawandel“ in irgend einer Sprache zu kennen. Nachdem der Klimawandel nach offizieller Meinung die ganze Welt erfasst hat, bekommt jeder Arme von irgendwo auf der Welt so automatisch einen Schutzstatus.

Wenn nicht einmal Obama – als er Präsident war – mit seinem riesigen Beraterstab herausbekommen konnte, dass die Hurricanaktivitäten in seinem Heimatland abnehmen (wie es zum Beispiel leicht googelbar auf WUWT mit mehreren Grafiken dargestellt ist) und das falsche Gegenteil behauptete, wie es nun der Chef von NASA GISS, **Gavin Schmidt** in einem Fernsehinterview zugab [1], wie soll dann ein kleiner Amts-Sachbearbeiter künftig klären können, ob irgendwo auf der Welt der Klimawandel ausreichender Fluchtgrund war oder nicht. Zudem würden solche mit jeder Ablehnung, angefangen von der Kanzlerin über die Bundes-Umweltministerin bis zu denen in den vielen Bundesländern, eine ganze Kette honoriger und über viele Beraterstäbe verfügender Fachperson*innen, die alle felsenfest vom allgegenwärtigen und globalen Klimawandel überzeugt sind, vor den Kopf stoßen müssen.
Wahrscheinlich wird man dann Fachfirmen wie WWF, Greenpeace und kirchliche Hilfs-Organisationen beauftragen, Klimavulnerabilitäts-Fluchtanerkenntnis-Zertifikate auszustellen – oder es werden (von diesen geschulten) neue Behörden errichtet. Auf jeden Fall schaffen wir auch das.

Quellen

[1] WUWT: NASA Head Ducks Debate, Concedes No Rise In Hurricanes…Says We’ll Have To Wait For It!